

Wer an einem milden Januarabend die Nationalstraße K 203 von Marrakesch Richtung Süden über Tahanaout und Asni am Flußbett des Oued N´fiss am Fuße der Viertausender des Hohen Atlasgebirges entlang gefahren ist, den wird die landschaftliche Schönheit, die hier sein Bewusstsein streifte, nie wieder loslassen. Marokko macht ästhetisch süchtig, das ist das Wenige, was sich mit Gewissheit über dieses mysteriöse Land behaupten lässt. Zwischen den schneeüberhangenen Gipfeln, roter Erde und einem tiefblauen Flusslauf umsäumt von saftgrünen Dattelpalmen und mattglänzenden Olivenbäumen erheben sich im winterlichen Abendlicht stolz rote und weiße Minarette im maurischen Stil, der Jahrhunderte überlebt und nichts an seiner Zeitlosigkeit und simplen Eleganz eingebüßt hat. Entlang der Straße bieten junge Atlasberber typische Produkte der Region feil. Spricht man mit den Ärmsten in dieser entlegenen Gegend, so sieht man sich einem majestätischen Stolz gegenüber, der asketisch-aristokratisch anmutet, ein Spiegelbild der Landschaft. Da die Gegend von der Moderne überwiegend unberührt geblieben ist, findet man hier nirgendwo überflüssige, sondern nur unzeitgemäße Dinge vor. Sitzt man mit den Einheimischen beim Tee zusammen, ertappt man sich rasch bei einer Idealisierung der Kontexte. Was einem abgeht, erzeugt bekanntlich Sehnsucht und es ist dieses gelassene Bei-Sich-Sein meiner Gesprächspartner, das ich bewundere. Niemand macht sich hier Illusionen über ein mögliches *wealth sharing* im Hinblick auf das marokkanische Wirtschaftswachstum. Das Land ist geprägt von einer strengen Kastengesellschaft, in der wenig Platz für soziale und ökonomische Mobilität ist. Kapitalfluss und soziales Prestige bewegen sich überwiegend noch in hermetischen Bahnen. Ich zwingen mich dazu, die Gelassenheit nicht in einen Kult der Armut und Einfachheit zu verklären. Beim Anblick der Frauen, die mit Säcken voller Waren und Kleinkindern auf dem Rücken von „irgendwoher“ ins Dorf kommen, steigt wieder der Gedanke auf, ob man nicht genügend Sensibilisierungsmaßnahmen für Frauenrechte durchgeführt hat und ob auch wirklich ausreichend politischer Wille im Land da sei, auch in dieser Region das Terrain der fruchtbaren Erde gegen das des *Homo Oeconomicus* einzutauschen. Jener transparente Konsument, dessen Konsumgewohnheiten durch seine *likes* und *dislikes* nicht nur digital gefördert, sondern auf unheimliche Weise schicksalhaft vorherbestimmt und ausgeschlachtet werden. Und so sehe ich in die Gesichter und sehe Würde ohne materielle Errungenschaft, ein rarer Anblick in unserem Zeitalter, das sich zwischen materiellen und digitalen Wertschöpfungsketten zerreißt...

Ein eiskalter Wind weht nun von den Viertausendern ins Tal. Jetzt ist der *Aloysia citrodora*-Tee das Einzige, was noch wärmt. Die Marokkaner werden sich keinen Veränderungsrythmus aufdrängen lassen, so meine Gesprächspartner. Zwar verlaufen ihre in der neuen Verfassung verankerten Reformen zur Dezentralisierung und anderen rechtsstaatlich-demokratischen Errungenschaften langsam, eben in der ihnen eigentümlichen Geschwindigkeit, ohne Hast und Eile, begleitet von viel Gerede und Konsenskultur, an dem auch unsere Aktivitäten in Marokko einen nicht unbeträchtlichen Anteil haben. Diese Form der Langsamkeit hat sich jedoch nie zum Stillstand gewandelt, sondern ist Ausdruck des Biorhythmus des Landes. Das ich ein Teil dieses Rhythmus sein kann, sowohl als Mensch als auch Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung, erfüllt mich mit Demut und Dankbarkeit, aber auch mit dem Willen und Wunsch, künftige Herausforderungen gemeinsam anzugehen und zu lösen.

*Dr. Jochen Lobah, Regionalbeauftragter in Rabat für Marokko und Mauretanien*

# **WIRTSCHAFTLICHER EINFLUSS UND POLITISCHE IMPLIKATIONEN DES GOLF-KOOPERATIONSRATES IN MAROKKO**

|| Jochen Lobah / Ingrid Heidlmeyer

*Knapp fünf Jahre nach dem „arabischen Frühling“ ist die Hoffnung auf mehr Demokratie, politische Partizipation und ökonomische Inklusion in der Region Ernüchterung und Resignation gewichen. Neue Wort-schöpfungen wie „arabischer Herbst“ oder „arabischer Winter“ haben den ursprünglich positiv konnotierten Begriff des Frühlings lange schon verdrängt. Rückblickend lässt sich festhalten, dass der „arabische Frühling“, der im Allgemeinen die Umbruchsbewegungen von Ende 2010 bis 2012 in der arabischen Welt bezeichnet, wesentlich nur die autokratischen Republiken in der Region betrifft. Von Marokko über Jordanien bis zum Königreich Saudi-Arabien und den Emiraten am Golf haben alle acht arabischen Monarchien diese historische Zäsur nahezu unbeschadet überstanden. Angesichts des fortschreitenden Zerfalls ganzer Staaten in der Region, allen voran Libyen, Syrien, Irak und der Jemen, bilden die arabischen Monarchien und Emirate derzeit die einzigen Inseln an Stabilität und Sicherheit in der Region. Selbst die Monarchie der Al Khalifas in Bahrain, die sich im Lande einer erheblichen schiitischen Mehrheit gegenübersteht, überstand dank der militärischen Soforthilfe in Form von Truppen des Golf-Kooperationsrates (GKR) die kritische Phase im Jahr 2011 ebenso unbeschadet wie Jordanien und Marokko, die über keine finanziellen Einnahmen durch enorme Energieressourcen verfügen. Es sind die reichen Öl-Monarchien*

*des GKR unter Führung der arabischen Supermacht Saudi-Arabien, die heute bestrebt sind, eine politische Agenda in der Region umzusetzen, die ihren geostrategischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen sowie dem Anspruch auf regionale Vormachtstellung entsprechen. Die Führungsrolle der GKR-Staaten und deren Auswirkungen auf regionaler Ebene soll im Folgenden am Beispiel Marokkos näher beleuchtet werden.*

## **Die arabischen Monarchien im Kontext des „arabischen Frühlings“**

Knapp ein halbes Jahrzehnt nach den historischen Umbrüchen in vielen Staaten der MENA-Region lässt sich gegenwärtig nicht mehr von einem „arabischen Frühling“ sprechen. Auch der von Yom und Gause geprägte Begriff des *Arab Republic's spring*<sup>1</sup> - schließlich fand eine Zäsur nur in den ehemaligen Republiken der Region statt - lässt sich angesichts der Fragmentierung und Segregationstendenzen in zahlreichen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, nicht weiter aufrechterhalten. Zudem hat die Wiederherstellung des Militärregimes im bevölkerungsreichsten arabischen Land, Ägypten, sowie die fragile Sicherheitslage in nahezu allen Umbruchsstaaten dazu beigetragen, die positive Konnotation des „Frühlings“ aufzugeben. Durch die Etablierung des *Islamischen Staates* in Teilen Syriens und des

Iraks mit seiner zynischen Perverterung des islamischen Strafrechts und mit dem Erstarren des Al Qaida-Ablegers *Dschabhat an-Nusra* und anderer dschihadistischer Gruppierungen wird die Sicherheitslage in der Region zudem von Tag zu Tag prekärer. Staaten wie Tunesien und Ägypten sind derzeit innenpolitisch hauptsächlich mit dem Kampf gegen den Terrorismus beschäftigt. Libyen, Syrien und der Irak sehen ihre Territorien in einem Maße von dschihadistischen Gruppen durchsetzt, dass man schwerlich noch von integralen Staatengebilden zu sprechen vermag. Stattdessen sollte man eher vom „ehemaligen Syrien“ und „ehemaligen Irak“ reden.

Von dieser fatalen Entwicklung, die jede wirtschaftliche und menschliche Entwicklung weitgehend verhindert, bleiben derzeit in der Region lediglich die acht arabischen Monarchien bzw. Emirate verschont. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Kuwait, Bahrain, Oman, Jordanien und Marokko heben sich vor allem unter sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten deutlich von den restlichen Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten ab. Insofern kann im Kontext der Ereignisse durchaus von einem *monarchical exceptionalism* gesprochen werden.<sup>2</sup> So sind es allein die Monarchien und Emirate, die gegenwärtig noch in der Lage sind, nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der Region zu gewährleisten. Trotz der stark fallenden Rohölpreise auf bis zu 65 US-Dollar pro Barrel im Jahr 2014 konnten alle Golfstaaten ihr Haushaltsdefizit decken, die Vereinigten Arabischen Emirate sogar ohne dabei auf Devisenreserven zurückzugreifen.<sup>3</sup> Saudi-Arabien zählt mit Devisenreserven in Höhe von 732 Milliarden US-Dollar zu einer der „reichsten“ Volkswirtschaften der Erde. Das Land könnte einen noch niedrigeren Ölpreis theoretisch Jahrzehnte durchhalten, ähnlich wie seine Nachbaremirate. Das Wirtschaftswachstum der Monarchien schwankt derzeit zwischen 3,5 und 4,5 Prozent und ermöglicht ihnen, im Gegensatz zu vielen anderen Staaten in der Region, multilaterale Investi-

tionen zu tätigen und ihren Einwohnern Prosperität und Sicherheit zu garantieren.

Die Struktur der Protestbewegungen in den arabischen Monarchien war sehr unterschiedlich. Zu größeren Demonstrationen kam es vor allem in den ressourcenarmen Königreichen Marokko und Jordanien. Große Massenproteste wie in Ägypten, Tunesien oder im Jemen, mit radikalen Forderungen eines Regimewechsels, gab es lediglich in Bahrain. Hier forderte die schiitische Mehrheitsbevölkerung teilweise ein Ende der Herrschaft des sunnitischen Al Khalifa-Clans. Das Beispiel Bahrain zeigt allerdings auch aufgrund der konzertierten und schnellen Militäraktion unter Führung Saudi-Arabiens die Entschlossenheit der Golfstaaten, die Monarchien in der Region um jeden Preis vor ihrem Sturz zu bewahren.

Im Zuge signifikanter Protestaktionen forderten zu Beginn des Jahres 2011 in Marokko (*mouvement 20 février*) und in Jordanien viele tausend Menschen umfassende politische Reformen und wirtschaftliche Teilhabe. Doch anders als bei den Massenprotesten in den autokratischen Republiken Tunesien, Ägypten und Jemen ging es dabei nicht um den Umsturz des Regimes, sondern im Wesentlichen um die Durchsetzung sozialer Reformen. Die Kritikimmunität des Herrschers seitens der Massen kann als wesentliches Strukturmerkmal der Protestbewegungen in den arabischen Monarchien betrachtet werden. Zudem bildet es ein erhebliches Unterscheidungskriterium im Hinblick auf die Proteststruktur der Massen in den autokratischen Republiken. Vergleicht man demnach das Ausmaß und die Radikalität der Forderungen im Rahmen der Protestbewegung von 2011, lässt sich rückblickend konstatieren, dass es in den acht Monarchien der arabischen Welt nur in einer Monarchie zu Massenprotesten mit wirklich radikalen Forderungen kam, nämlich in Bahrain. In Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und im Oman kam es im Vergleich zu wenig ausgeprägten Protesten. Sie besaßen zu keiner Zeit das Potenzial die Regime der arabischen Golfstaaten in Gefahr zu bringen. Umgekehrt gestal-

tet sich die Liste der Massenproteste und radikalen Forderungen in Bezug auf die „arabischen Republiken“. Mit Tunesien, Libyen, Ägypten, Jemen und Syrien sahen sich gleich fünf Länder Massenprotesten und radikalen Forderungen ausgesetzt. Es besteht folglich eine auffällige Disproportionalität bei der Proteststruktur und bei der Mobilisierung der Protestierenden zwischen den autokratischen arabischen Republiken und den autokratischen Monarchien.

Zudem erfolgte in den Monarchien eine schnelle und adäquate Reaktion seitens der Herrscher. Ein gutes Beispiel hierfür ist Marokko: König Mohammed VI. hielt bereits 18 Tage nach Ausbruch der ersten Proteste am 20. Februar 2011 nicht nur eine nationale Ansprache von großer Tragweite, sondern legte zugleich ein umfangreiches Reformpaket vor. Er setzte unverzüglich eine neue Verfassungskommission bestehend aus erstklassigen Technokraten ein und kündigte eine tiefgreifende Verfassungsänderung mit Plebiszit sowie Neuwahlen für das gleiche Jahr an. Die Monarchien am Golf reagierten mit großzügigen Zugeständnissen finanzieller Art zum Wohle der eigenen Bevölkerung, indem die Gehälter staatlicher Mitarbeiter beträchtlich erhöht und immense Summen in Wohnungsbau- und Infrastrukturprojekte investiert wurden.

Bei der Suche nach Gründen für die oben beschriebene Disproportionalität herrschen unterschiedliche Erklärungsmuster vor. Auf der Suche nach dem Zusammenhang zwischen Regimetypus und dessen Belastbarkeit wird im Rahmen der Auseinandersetzung oftmals auf den institutionellen und kulturellen Faktor verwiesen, insbesondere im Hinblick auf die arabischen Monarchien.<sup>4</sup> Kulturbezogene Erklärungsmuster beziehen sich hierbei vor allem auf traditionell religiöse und in der Stammeszugehörigkeit verankerte Legitimität, die die Loyalität großer Teile der Bevölkerung sichern.<sup>5</sup> Im Zuge institutionell angelegter Erklärungsversuche herrscht die Auffassung vor, dass Monarchen in der arabischen Welt durch ihre „überpolitische Stellung“, die sich von der Alltagspolitik abgrenzen kann, nachhaltige

und wohlüberlegte politische Reformen auf den Weg bringen können, um somit die Unzufriedenheit in der Bevölkerung einzudämmen. Hier spricht man gerne von der uneingeschränkten (intrinsic) Legitimität der Monarchen. Allerdings zeigt die moderne Geschichte, dass im Zuge der 50er Jahre in relativ kurzer Zeit Monarchien wie Tunesien, Ägypten, Irak, Nordjemen, Süd-arabien und Libyen gefallen sind. Erweitert man dieses Muster über die arabische Welt hinaus und bleibt im muslimischen Kontext, dann kommen Afghanistan (1973) und der Iran (1979) hinzu: „If royal authoritarianism has intrinsic legitimacy, how could so many monarchs have lost their thrones“.<sup>6</sup> Diese oft gelesenen Erklärungsmuster reichen allerdings bei Weitem nicht aus, um die relative Stabilität zu erklären, mit der acht strukturell so unterschiedliche Monarchien wie beispielsweise Marokko, Saudi-Arabien und der Oman durch den „Frühling arabischer Republiken“ gekommen sind. Es ist daher wichtig, sich auch die tief verankerten, internationalen *cross-cutting* Koalitionen der Monarchien sowie ihre enormen finanziellen Ressourcen vor Augen zu führen. So gleichen die Golfstaaten durchaus einem Sozialstaatsmodell nach skandinavischem Vorbild, zudem sind die steuerlichen Anreize im Hinblick auf individuelle Gewinnerwirtschaftung ausgesprochen hoch. Auch der Blick auf den *Human Development Index* bestätigt diese Einschätzung. Mit Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Kuwait rangieren alle Golfstaaten unter den ersten 50 Nationen und gehören somit zur Gruppe der Länder, die über einen *sehr hohen menschlichen Entwicklungsindikator* verfügen. Es ist bemerkenswert in diesem Zusammenhang, dass sich unter der Kategorie *sehr hoher menschlicher Entwicklungsindikator* keine einzige arabische Republik findet. Im Hinblick auf feste außenpolitische Allianzen sind es unangefochten die USA, die nach wie vor engster sicherheitspolitischer Partner der Golfstaaten sind. Die Rolle der USA als Schutzpatron der Golfstaaten gewann vor allem nach dem Angriff des säkular ausgerichteten

pan-arabischen Baath-Regimes von Saddam Hussein auf Kuwait im Jahr 1990 noch erheblich stärker an Bedeutung.

Der *monarchical exceptionalism* bedingt sich folglich durch die unterschiedlichsten Faktoren, allesamt komplex, vor allem aber auch aufgrund historisch verwurzelter *cross-cutting* Koalitionen der einzelnen Herrscherclans. Diese veränderten sich mit der Zeit aufgrund geo- oder regionalpolitischer Notwendigkeit. Schon das Beispiel der sechziger Jahre veranschaulicht, wie sehr sich die Agenda der Monarchen am politischen Zeitgeschehen und der gesellschaftspolitischen Realität messen mussten. Die marokkanische Scherifen-Dynastie der Alawiden versorgte die Business- und die Landwirtschaftselite sowie die religiösen Autoritäten mit großzügigen Sonderzahlungen und Garantien bei der politischen Mitbestimmung. Zudem entwarf man eine neu ausgeprägte nationalistische Agenda im Rahmen der modernen Nationalstaatsidee und des chauvinistischen Zeitgeistes. Das Herrscherhaus Al Saud, Begründer eines Familienstaates mit heute circa 30 Millionen Einwohnern, ging neben seinem historischen Bündnis mit den strengen Religionsgelehrten des sunnitischen Islam auch ein weiteres umfassendes Bündnis mit den regionalen Wirtschaftseliten ein, um so eine politische und kulturelle Einheit unterschiedlichster Stämme in weiten Teilen der arabischen Halbinsel zu schaffen.

Trotz ihres „Anachronismus in der Welt moderner Nationen“ haben die verbliebenen, teilweise absolutistischen Monarchien der arabischen Halbinsel auch einen Modernisierungsschub verzeichnen können, indem sie durch geschicktes Management und vorteilhafte Allianzen politische, wirtschaftliche und soziale Krisen zu meistern wussten. So handelt es sich bei den derzeit existierenden Monarchien in der Region keineswegs um unantastbare Institutionen, die uneingeschränkte Legitimität (*intrinsic legitimacy*) genießen. Sie hatten allesamt im Laufe der Geschichte schwere politische Krisen zu meistern, die schnell zu ihrem Ende hätten führen können. Beispiele hier-

für sind die Revolten im Oman in den 60er Jahren sowie in Marokko in den 70er Jahren: „These regimes persist because they survived close calls with destruction – not because they never faced such threats“.<sup>7</sup> Der Fortbestand dieser Regime lässt sich somit nicht auf die Frage von Erbschaftsfolge und Stammesloyalitäten reduzieren. Vielmehr wurden ihnen wesentliche Strukturen eines autokratischen Zentralismus im Zuge des modernen Kolonialismus durch die ehemaligen Kolonialmächte (Großbritannien und Frankreich) vermittelt, um Stammesrivalitäten und Aufstände ethnischer Minderheiten (u.a. der Berber) erfolgreich beizulegen und den Staat zu konsolidieren. Ausnahmslos alle Monarchien haben sich im Zuge der postkolonialen Ära mit den großen ideologischen (Chauvinismus/Kommunismus) und sozialen Konfliktfeldern (Bourgeoisie/Proletariat) auseinandergesetzt.

Der wichtigste Stabilitätsfaktor der Monarchien im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in der arabischen Welt ist fraglos ihre enorme Liquidität und der Reichtum an Energieressourcen. Dadurch konnten auch die weniger finanzstarken und ressourcenarmen Monarchien wie Jordanien und Marokko unverzüglich mit großen finanziellen Soforthilfen in Höhe von jeweils 5 Milliarden US-Dollar nachhaltig unterstützt werden, die im Gegenzug beide Empfängerländer zu militärischer und sicherheitspolitischer Kooperation verpflichteten. Fraglos fehlten den arabischen Republiken finanzielle Mittel dieser Größenordnung, um entsprechend reagieren und das Volk beschwichtigen zu können. So zeigt, als eine der Ausnahmen unter den Republiken, das Beispiel Algerien, dass auch hier das durch Öl- und Gaseinnahmen generierte Kapital in der Lage war, den Protest durch die Bereitstellung finanzieller Soforthilfen zum Wohle der Bevölkerung in Grenzen zu halten. Hierbei muss allerdings auch berücksichtigt werden, dass das Land angesichts des langen Bürgerkrieges „revolutionsmüde“ und auf innenpolitische Sicherheit fixiert war.

Angesichts des *Human Development Index* der relativ homogenen und nicht bevöl-

kerungsreichen Golfstaaten sowie der Prosperität, bestand hier wenig Anlass für Forderungen nach mehr ökonomischer Teilhabe. Offenbar schaffte der hohe Lebensstandard dort keine entscheidenden Anreize für politische Teilhabe nach westlichen Vorstellungen.

### **Der Golf-Kooperationsrat als regionaler Machtfaktor**

Der Golf-Kooperationsrat wurde 1981 als Reaktion auf den Umsturz im Iran gegründet, der die Vertreibung des Schahs Reza Pahlevi und die Gründung einer islamischen Republik hierarchisch-schiitischer Prägung zur Folge hatte. Die Golfstaaten hatten sich hierbei die Eindämmung des ideologischen Saatgutes einer populistischen Version des politischen Islam und die nachhaltige Sicherung des Fortbestandes der arabischen Monarchien zum Ziel gesetzt. Insofern war der GKR primär eine außen- und sicherheitspolitische Institution, deren Effektivität und Überlebenswille sich nunmehr auch im Zuge der hier analysierten Ereignisse herauskristallisierte.

Angesichts der revolutionären Ereignisse in der arabischen Welt, die im Verlauf der Jahre 2011 und 2012 zum Sturz der Regierungen in Tunesien, Ägypten und Libyen geführt hatten, beschlossen die Staaten des Golf-Kooperationsrates auf ihrem Gipfel Ende Mai 2012 den beiden anderen Monarchien außerhalb der arabischen Halbinsel, Jordanien und Marokko, ein Beitrittsangebot zu unterbreiten. Die Initiative ging zweifellos auf eine übereilte Reaktion der herrschenden Monarchen am Golf zurück, zu unterschiedlich sind doch die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der vermeintlichen Beitrittskandidaten. Allerdings sahen die Herrscher am Golf mit Furcht auf die Aufstände in Tunesien und Ägypten, die sie im Kreis moderat-sunnitischer Regime als Verbündete in der Region gegen „islamische Revolutionäre“ wie die sunnitische Muslimbruderschaft und schiitische Gruppierungen dringend benötigten. So betrachtet die politische Elite der Golfstaaten eine zu schnelle

und starke Veränderung der Machtvektoren und sozialen Strukturen als nachhaltige Gefahr für die Sicherheit in der Region. Darüber hinaus sehen die Staaten des GKR den Iran als gefährlichen Rivalen im Kampf um die regionale Vormachtstellung. Das kürzlich durch die E3/EU+3 in Wien ausgehandelte Atom-Abkommen mit dem Iran, das einen Aktionsplan (*Joint Comprehensive Plan of Action*) zur Anreicherung von 3,67 prozentigem Uran bis zum Jahr 2030 im Leichtwasserreaktor Natanz festlegt, wird von den sunnitischen Staaten der arabischen Halbinsel mit äußerster Skepsis betrachtet. Die Golfmonarchien sehen allerdings nicht nur diese maßgebliche „energiepolitische“ Wende in der Region als Gefahr, sondern werfen dem schiitisch geprägten Iran vor, militante schiitische Gruppierungen im Irak, in Syrien und im Jemen zu unterstützen, um damit den politischen Einfluss des Landes in der Region weiter auszubauen. Insofern gleicht sich die Kritik Saudi-Arabiens an diejenige Israels an, wonach die energiepolitischen Absichten des Iran letztlich als militär- und sicherheitspolitische Wende und Aggression begriffen werden. Als sicherheitspolitische Konsequenz führte dies unter anderem dazu, dass die Rüstungsausgaben der GKR-Länder innerhalb der letzten Jahre drastisch angestiegen sind. Allein im Jahr 2014 gaben die Staaten des Golf-Kooperationsrates mehr als 114 Milliarden US-Dollar für Rüstungsgüter aus. Am 29. Juli 2015, kurz nach der Einigung im Atomabkommen gab Saudi-Arabien bekannt, für einen Betrag von insgesamt fünf Milliarden US-Dollar insgesamt 600 Flugabwehrraketen des Typs Patriot einzukaufen.<sup>8</sup> Bereits jetzt können die Konfliktherde und der Staatszerfall in Syrien und im Irak als Stellvertreterkrieg der sunnitischen und schiitischen Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran betrachtet werden. Hinzu kommt jüngst der Konflikt im Jemen, der zu einem Militärbündnis der GKR-Staaten mit Unterstützung Marokkos und Jordaniens sowie anderer arabisch-muslimischer Staaten gegen die schiitischen Huthi-Rebellen unter Führung Saudi-Arabiens geführt hat. Der Machtanspruch der schiitischen Huthis

im Jemen wird seitens der GKR als unmittelbare Auswirkung des iranischen Einflusses in der Region und als Gefahr für eine Destabilisierung der arabischen Halbinsel betrachtet. Zudem fürchtet Saudi-Arabien den schiitischen Einfluss in seiner Ostprovinz asch-Scharqiyya mit der Erdölhauptstadt Dammam. Dort machen Schiiten etwa 15 Prozent der Bevölkerung aus. Da auch die größte Erdölgesellschaft der Welt, die saudische Aramco dort ihren Sitz hat, ist die Stabilität der Ostregion von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung, nicht nur für Saudi-Arabien, sondern für die Weltwirtschaft insgesamt.

Aus dem Beitrittsangebot des GKR an Marokko und Jordanien wurde im Verlauf des Jahres 2012 jedoch schnell eine fruchtbare und enge strategische Partnerschaft, insbesondere in den Bereichen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. So waren im Fall Marokkos die Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen, in der Wirtschafts- und Sozialstruktur, aber auch im Haushaltsdefizit und beim *Human Development Index* zu immens, um eine marokkanische Vollmitgliedschaft zu erwirken. Darüber hinaus bestehen eine beträchtliche geografische Entfernung sowie erhebliche soziokulturelle Unterschiede. In diesem Zusammenhang darf auch nicht die Nähe Marokkos zur Europäischen Union und der damit verbundene *Statut avancé* übersehen werden, der das Land langfristig strategisch und wirtschaftlich, hier in erster Linie durch die in Verhandlung begriffene weitreichende und umfassende Freihandelszone mit der EU DFCTA (Deep and Comprehensive Free-Trade-Area), noch stärker und nachhaltiger an Europa binden soll.

Die Beitrittsoffensive des GKR an Jordanien und Marokko war dennoch nicht bloß eine Initiative zur Erweiterung eines exklusiven sunnitischen Monarchenclubs. Die Initiative ist für den GKR von immenser Bedeutung. Eine stabile sunnitische Monarchie im Westen der islamischen Welt im Falle Marokkos ist nicht nur sicherheitspolitisch von höchstem Interesse, nachhaltige Stabilität sichert dem GKR auch enormes Investitionspotenzial in diesem Teil der Region. Die

jüngsten Entwicklungen im Norden Afrikas und im Nahen Osten haben verdeutlicht, dass die Führung der GKR-Staaten dem wirtschaftlichen Aspekt eine erheblich wichtigere Bedeutung für soziale Befriedung und Stabilität beimessen, als dem Aspekt der politischen Teilhabe. Ob diese Philosophie in der Region erfolgreich sein wird, kann derzeit nicht beantwortet werden. Zudem sehen sich durch die anziehenden Preise für Rohöl mit Beginn der Jahrtausendwende die GKR-Staaten immer stärker gezwungen, ihre hohen Nettoeinnahmen bedingt durch ihre größtenteils nicht diversifizierte Wirtschaftsstruktur über ihre umfangreichen Staatsfonds im Ausland zu investieren. Die Vertiefung regionaler Bündnisse im Zuge der Fragmentierung und des Staatszerfalls in der Region haben bei solchen Investitionsprojekten fraglos Priorität. Die marokkanische Scherifendynastie, die ursprünglich selbst aus dem Hidschaz in Saudi-Arabien stammt, steht seit der Freundschaft zwischen König Faisal und König Hassan II. in den siebziger Jahren hoch in der Gunst des saudischen Königshauses.

Ebenso schnell wie die Reaktion Saudi-Arabiens auf die Bewegung der islamischen Revolution schiitischer Prägung 1979 im Iran, in dessen Zuge der GKR gegründet wurde, reagierte Saudi-Arabien auch diesmal trotz eines von außen betrachtet „veraltetem“ Herrscherclans schnell, flexibel und durchaus „erfolgreich“ mit multilateralen Bündnissen. Nicht nur Geld spielte hier eine Rolle, sondern auch der unvermittelte und nicht einmal mehr mit den USA abgestimmte Militäreinsatz saudischer bzw. GKR-Truppen in Bahrain, wo die durch die nahezu 60 Prozent schiitische Mehrheitsbevölkerung angeführten Proteste eine äußerst ernstzunehmende Gefahr für das sunnitische Herrscherhaus der Al Khalifas und darüber hinaus für die gesamte arabische Halbinsel darstellten. Die Reaktion des GKR auf die Protestbewegung in Bahrain zeigt, dass die finanzkräftigen Golfmonarchien nicht nur durch eine Scheckbuchdiplomatie, sondern auch konkret mit militärischen Mitteln in die Offensive gingen.

## Die Führungsmacht Saudi-Arabien

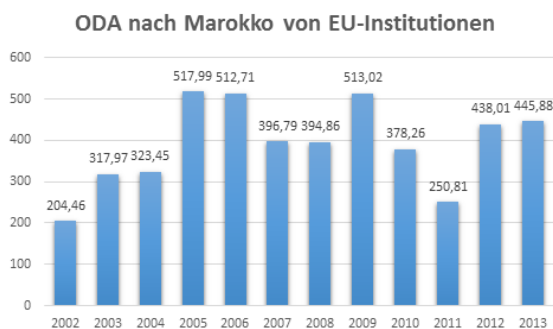
Der relativ kleinen, aber dezidierten Protestbewegung durch Blogger und nach Emanzipation strebender Frauen ist Saudi-Arabien zu Hause mit einer großen „sozial-staatlichen“ Offensive entgegengetreten. Die Scheckbücher des Königreichs sahen dafür 130 Milliarden US-Dollar vor, davon flossen rund 67 Milliarden US-Dollar in groß angelegte Wohnungsbauprojekte.<sup>9</sup> Darüber hinaus hat es von Anfang an, neben dem kleinen, aber finanzstarken Nachbaremirat Katar, die Führungsrolle in Bezug auf die regionale Staatenhierarchie übernommen. Innerhalb des GKR stehen jedoch der saudischen Initiative nach einer noch stärkeren und effizienteren Konsolidierung der Wirtschaft und der Währung nach wie vor einige gewichtige Staaten skeptisch gegenüber, allen voran der Oman. Hierbei spielen auch kulturell-religiöse Gründe eine Rolle, ist der Oman doch das einzige Land auf der arabischen Halbinsel, das offiziell nicht islamisch-sunnitisch, sondern islamisch-ibaditisch geprägt ist. Zudem verfügt der Oman über historisch gewachsene Verbindungen zum Erzfeind der sunnitischen Golfmonarchien, dem Iran. Insbesondere im Zuge der Ereignisse des Jahres 2011 kam es zudem zu erheblichen Verstimmungen zwischen Saudi-Arabien und Katar. Das kleine Emirat am Golf ist bereits seit den 50er Jahren und damit seit dem Verbot der Bruderschaft durch Gamal Abdel Nasser in Ägypten ein traditioneller Schutzpatron der Muslimbrüder. So begrüßte Katar offen den demokratisch errungenen Wahlsieg der *Ennahda* in Tunesien und der *Freedom and Justice Party* in Ägypten. Beide Parteien sind eng mit der Ideologie der Muslimbrüder verflochten. Dagegen hat sich spätestens seit der Befürwortung der Invasion irakischer Truppen im Golfemirat Kuwait im Jahr 1991 durch die Führungsriege und Basis der Bruderschaft Saudi-Arabien dezidiert von den Muslimbrüdern abgewandt. Ihr Bekenntnis zu demokratischen Wahlen und politischem Wettbewerb stellt in den Augen Saudi-Arabien nicht nur eine erhebliche Sicherheitsbedro-

hung dar, sondern wird offenkundig auch als Herausforderung im Hinblick auf die Herrschaftslegitimität der Monarchien betrachtet. Die politische Krise zwischen Katar und Saudi-Arabien drohte den GKR in einem historisch wichtigen Moment weiter auseinanderzutreiben. Als Folge dieser Krise und wohl auf Druck Saudi-Arabien kam es im Sommer 2013 letztlich zum Machtwechsel an der Spitze des katarischen Emirats. Hamad bin Khalifa at-Thani übertrug die Souveränität über das Land seinem Sohn Tamim bin Khalifa at-Thani. Fortan entspannte sich das Verhältnis zwischen Katar und Saudi-Arabien. Auch die gegenwärtige finanzielle und moralische Unterstützung der ägyptischen Militärführung um General Al-Sisi schreibt sich fraglos in den ausgeprägten Pragmatismus saudiarabischer Außenpolitik ein. Durch die offene Unterstützung der repressiven Politik seitens der ägyptischen Militärführung gegenüber den Muslimbrüdern hofft Saudi-Arabien, diese große politische Gruppierung in der Region neutralisieren und weiter diskreditieren zu können.<sup>10</sup>

Die Investitionsinitiativen des Golfkooperationsrates auch für nicht monarchische Länder wie Ägypten zielen insgesamt auf die Stärkung der sunnitischen Achse in der Region ab. So geht es bei der finanziellen Unterstützung für Ägypten und Marokko nicht nur um die Stabilisierung einer sunnitischen Monarchie im Westen der islamischen Welt (Marokko) und des größten sunnitischen Landes und ehemaligen Führungsmacht der arabischen Welt (Ägypten), sondern auch um ein effektives und einheitliches Gegengewicht gegen die ökonomischen und ideologischen Aspirationen des regionalen Rivalen Iran.

Den erheblichen Einfluss Saudi-Arabien in die regionale Politik veranschaulicht bereits die Reaktion Marokkos auf die Bahrain-Frage im Jahr 2009. Nachdem der ehemalige iranische Präsident Ahmadinedschad die Souveränität Bahains in Frage gestellt hatte, beendete Marokko auf Druck Saudi-Arabien seine diplomatischen Beziehungen mit dem Iran.<sup>11</sup> Saudi-Arabien versuchte durch diese Reaktion ein abschreckendes

Beispiel zu setzen, wonach niemand ungestraft auf internationaler Ebene die Legitimität sunnitischer Monarchien in der Region in Frage stellen könnte. Im Vorfeld erhielt Marokko 2008 ein Finanzpaket in Höhe von 500 Millionen US-Dollar von Saudi-Arabien, um den Energiebedarf angesichts des steigenden Ölpreises decken zu können, ein wesentlich höherer Betrag als die von den EU-Institutionen gewährten öffentlichen Entwicklungsgelder.<sup>12</sup>



Quelle: [www.aidflows.org](http://www.aidflows.org) [11.08.2015].

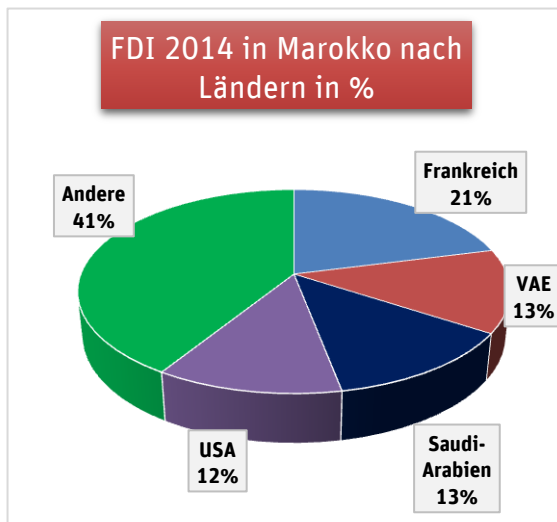
### Stabilität geht vor Demokratisierung – Wie die Golfstaaten das Chaos abwenden möchten

Seit der Entdeckung der Erdölressourcen in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts verzeichnet die arabische Halbinsel, bis dato lediglich von Beduinenstämmen in einem lebensfeindlichen Klima bewohnt, eine rasante wirtschaftliche Entwicklung. Alle arabischen Golfstaaten, mit Ausnahme des Jemen, gehören im Hinblick auf den *Human Development Index* zu den Top 50. Zudem erzielt das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt der Golfstaaten internationale Spitzenwerte. Damit zählt das Gebiet zu den reichsten Weltregionen und markiert eine umfassende wirtschaftliche und soziale Kluft zum Rest der Staaten in der Region. So spielten die Golfstaaten in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts von Anfang an eine bedeutende Rolle im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Ordnung in der Region. Seit den Ereignissen des Jahres 2011 haben die Staaten des GKR ihre politische und wirtschaftliche Einflussnahme durch ihre enormen finanziellen Ressourcen in der Region weiter ausgebaut.

Unter den weltweit zehn größten Staatsfonds sind mit der *Abu Dhabi Investment Authority*, der saudi-arabischen *SAMA Foreign Holdings* und der *Mubadala Development Holding* gleich drei Staatsfonds des GKR vertreten. Zudem ist die *Abu Dhabi Investment Authority* vor dem norwegischen *Government Pension Fund* mit einem Gesamtvermögen von 627 Milliarden US-Dollar der kapitalstärkste Staatsfond der Welt. Von den 16 Staatsfonds des GKR operieren allein acht in größerem Umfang im südlichen Mittelmeerraum und investieren verstärkt in Infrastrukturprojekte mit entsprechenden Renditeprojekten. In diesem Zusammenhang bleibt die Fragestellung im Raum, inwiefern die wirtschaftlichen Subventionen der Golf-Monarchien politische Implikationen nach sich ziehen. Die eindeutige Parteinahme und nachfolgende großzügige finanzielle Unterstützung, insbesondere Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate im Zuge des Militärputsches vom 3. Juli 2013 in Ägypten, wurde von internationalen Beobachtern als klares Indiz für eine Politik der Wiederherstellung autokratischer Strukturen in der Region wahrgenommen. Im Rahmen der Machtübernahme durch das ägyptische Militär wurde der erste demokratisch gewählte Staatspräsident, der den Muslimbrüdern nahe stehende Mohammed Mursi, abgesetzt und verhaftet. Inzwischen ist er von einem ägyptischen Gericht zum Tode verurteilt worden. Das für die Region so bedeutende Ereignis, das zum abrupten Ende einer begonnenen demokratischen Übergangsphase im größten Land der arabischen Welt führte, hat auch gezeigt, dass die Herrscherhäuser am Golf andere Vorstellungen von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen haben als jene, für die ein Großteil der Völker in der arabischen Welt zu Beginn des Jahres 2011 auf die Straße gingen. Demokratisierungsprozesse, die zum Teil zu Lasten alter und entmachteter Eliten in der Region gehen, werden von der *ruling elite* der Golfstaaten derzeit als konkrete Sicherheitsbedrohung aufgefasst. Heute müssen sich alle „westlichen“ Player und Kommentatoren der Region eingestehen,

dass sich der Enthusiasmus für mehr Demokratie und Teilhabe aufgrund des erheblichen Machtvakuum in Syrien, im Irak und in Libyen und nicht zuletzt durch die Etablierung des Islamischen Staates in Teilen dieser Region, deutlich relativiert hat. Wer hätte zu Beginn des Jahres 2011 gedacht, dass sich im Kernland des arabischen Halbmondes die zynische Karikatur eines islamischen Kalifats mit dem simplen Namen „Islamischer Staat“ festsetzen würde, dessen Territorium bereits eine Fläche von der Größe Italiens umfasst und in der das willkürliche Morden als „strenge“ Auslegung legalistischer Grundsätze des Islam die „politische“ Tagesordnung prägt?

Somit steht angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung für die Staaten des GKR die politische Stabilität der Region an erster Stelle, sie ist zudem die *conditio sine qua non* für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und ein investitionsfreundliches Klima.



Quelle: Santander Trade Portal (2015): Morocco – Foreign Investment, URL <https://en.santandertrade.com/establish-overseas/morocco/foreign-investment> [11.08.2015].

### Politische Implikationen ausländischer Direktinvestitionen am Beispiel Marokkos

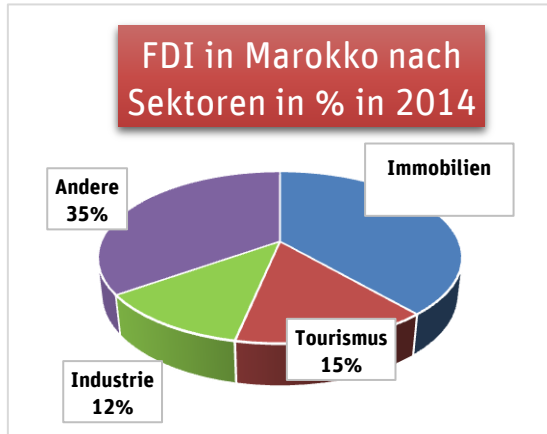
Marokko ist bereits seit dem Jahr 1976 durch den Kuwaitischen Staatsfond KIA Ziel von Direktinvestitionen in der Region. Er geht auf einen bilateralen Beschluss zurück und startete mit einem Vermögen von 20 Millionen Euro. Investiert wurde hauptsäch-

lich in den Bereichen Tourismus, Immobilien und Finanzen.<sup>13</sup> Das heutige Kapitalvermögen des Fonds liegt bei etwa 80 Millionen Euro.<sup>14</sup>

Bereits im Jahr 2011 waren Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die beiden wichtigsten Kernstaaten des Golf-Kooperationsrates, zugleich die beiden finanzstärksten ausländischen Direktinvestoren (FDI) in Marokko hinter Frankreich. Allerdings hat der von den Staaten des Golf-Kooperationsrates ins Leben gerufene Sonderfond für Direktinvestition in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren Ende 2012 Frankreich de facto als größten ausländischen Direktinvestor verdrängt.<sup>15</sup> Strategisch bedeutet das für Marokko, dass die finanzielle Abhängigkeit von der EU, insbesondere vor dem Hintergrund der durch die hohe Staatsverschuldung Griechenlands bedingten Währungskrise, verringert werden konnte und sich durch die arabischen Brudermonarchien ein weiterer finanzkräftiger Entwicklungsakteur und Investor auftut, der dem Land weiterhin Prosperität und Wachstum zu verschaffen vermag. Allein die Vereinigten Arabischen Emirate haben ihre Investitionen im Nachgang der Ereignisse des Jahres 2011 um 71 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Im Dezember 2013 hat im Rahmen dieser Finanzausgaben Katar mit sofortiger Wirkung 1,25 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt.

Konkret schlagen sich die Auswirkungen der Direktinvestitionen auch in neuen gemeinsamen Projekten mit den Staaten des GKR nieder. So entschied sich die marokkanische Agentur für Solarenergie (MASEN) Ende Oktober 2012 zusammen mit der spanischen Gruppe Aries IS für den saudischen Partnerspezialisten ACWA, um den ersten Bauabschnitt des Solarkraftwerks Ouarzazate im Süden Marokkos einzuleiten. Die Entwicklung von Solarenergie im Sektor der erneuerbaren Energien spielt eine bedeutende Rolle im Hinblick auf Investitionen seitens des GKR in Marokko und trägt den neuen Diversifizierungsstrategien der GKR-

Anlagepolitik Rechnung. So sind die Staatsfonds (SWFs) des GKR in erster Linie an Direktinvestitionen interessiert, die sich vor allem in Infrastrukturprojekten widerspiegeln.



Quelle: Santander Trade Portal (2015): Morocco – Foreign Investment, URL <https://en.santandertrade.com/establish-overseas/morocco/foreign-investment> [11.08.2015].

In Marokko zählen vor allem SWFs wie die *Kuwait Investment Authority* (KIA) und die *Qatar Investment Authority* zu den großen Investoren. Investitionen der KIA fließen überwiegend in den Bereich Tourismus, Immobilien und in den Finanzsektor, die QIA investiert dagegen ausschließlich in Luxusimmobilien.<sup>16</sup> Im Bereich der Direktinvestitionen zeigt das Beispiel der Investitionsströme der Vereinigten Arabischen Emirate im Jahr 2011, dass hier der Sektor erneuerbarer Energien den größten Anteil ausmacht, gefolgt von den Bereichen Telekommunikation und Immobilienprojekte.

Insbesondere der *Wissal Kapital Fund* trägt hier im Rahmen des Projektes Marokko 2020, das die sozioökonomische Gesamtsituation erheblich verbessern und die Arbeitslosenquote weiter nach unten reduzieren soll, zur Umsetzung großer touristischer Infrastrukturprojekte in den marokkanischen Küstenstädten und im Tourismuszentrum des Landes, Marrakesch, bei. Der multilaterale Fond, an dem die *Katar Holding*, die *Aabar Investments* (Abu Dhabi), der *Kuwait Generations Fund* sowie der marokkanische Staatsfond für touristische Entwicklung beteiligt sind, sieht vor, insgesamt vier Milliarden US-Dollar für die oben genannten

Vorhaben aufzubringen.<sup>17</sup> Im Rahmen dieses vom marokkanischen Ministerium für Tourismus geförderten Projektes visiert Marokko für das Jahr 2020 einen Anstieg der Touristenzahlen um knapp 25 Prozent von derzeit acht Millionen auf jährlich zehn Millionen an. Schon jetzt ist der Tourismussektor nach dem Landwirtschaftssektor der zweitgrößte Wirtschaftsfaktor Marokkos und erwirtschaftet derzeit knapp 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Direktinvestitionen und das Engagement der GKR-Staaten in Marokko bergen klare politische Implikationen: Zum einen soll das marokkanische Modell einer langsamen und friedlichen demokratischen Transition auf der Grundlage eigener soziokultureller Wertigkeiten und Strukturen gestärkt werden. Dabei ist der wirtschaftliche Faktor ein ganz wesentlicher, sind derzeit doch etwa 28 Prozent der Gesamtbevölkerung unter 14 Jahre alt. Sie dürften in relativ kurzer Zeit auf den Arbeitsmarkt drängen sowie Prosperität und soziale Sicherheit einfordern. Angesichts eines Haushaltsdefizits von fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes ist Marokko dringend auf ausländische Wirtschaftshilfe angewiesen. Zudem zeugt das Verfassungsreferendum vom 1. Juli 2011 nicht nur von einem breiten Konsens im Hinblick auf eine friedliche Reformierung des Landes, sondern vor allem von einer überwältigenden Akzeptanz der Monarchie und der politischen Reformagenda der *ruling elite* seitens der marokkanischen Bevölkerung. Insofern stellt Marokko immer auch das verfassungsrechtliche Erfolgsmodell einer Monarchie in der Region dar, das unter Umständen und bei aufkeimenden Unruhen für die GKR-Staaten beispielhaft sein könnte.

Der GKR erwartet im Gegenzug von Marokko vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik erhebliche Unterstützung, insbesondere vor dem Hintergrund der immensen Herausforderungen durch die territorial verankerte Terrorgruppe Islamischer Staat in Syrien und im Irak sowie bewaffneter schiitischer Gruppen, ebenfalls im Irak und im Jemen. So beteiligt sich Marokko

auch an dem unter Federführung von Saudi-Arabien geführten Militärbündnis gegen die schiitischen Houthi-Rebellen im Jemen, indem es Unterstützung in Form einer Verlegung von Luftwaffeneinheiten an den Golf leistet.

Das dynastische System, das in Marokko seit etwa 1.200 Jahren kulturell tief verankert ist, sowie die gegenwärtig herrschende Alawiden-Dynastie, die im Zuge ihrer nunmehr knapp vierhundertjährigen Herrschaft über einen umfassenden Erfahrungsschatz an politischer Krisenbewältigungsstrategie im Hinblick auf ihre machtpolitische Überlebensfähigkeit verfügt, dürfte auch weiterhin über genügend intellektuelle, kulturelle und soziale Ressourcen verfügen, um innenpolitisch weitgehend eine eigenständige Reformagenda zu verfolgen. Die hilfreichen Direktinvestitionen der Golfstaaten implizieren fraglos politische Kompromisse und zielen zudem auf eine Konsolidierung der arabischen Monarchien in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ab. Der *Statut avancé* bei der EU und eine mittelfristig an europäischen Demokratiestandards ausgerichtete Konvergenzpolitik erlauben Marokko jedoch, den eingeschlagenen eigenständigen Reformkurs fortzusetzen, um seine Institutionen, seine öffentlichen Dienstleistungen und seinen Wirtschaftssektor für die wachsenden Ansprüche seiner Bevölkerung und die Erfordernisse eines globalen Wettbewerbs zu rüsten, ohne sein beeindruckendes soziokulturelles Erbe sowie seine kulturellen Traditionen aufgeben zu müssen. Bisher gelingt das Marokko wie keinem anderen arabischen Land in Nordafrika.

### **|| Dr. Jochen Lobah**

Regionalbeauftragter für Marokko und Mauretanien

### **|| Mag. Ingrid Heidlmeyer**

Wissenschaftskoordinatorin Marokko

## ANMERKUNGEN

- 1 Yom, Sean L./ Gause, Gregory (2012): How resilient Arab Monarchies hang on, S. 5, Journal of Democracy, Ausgabe 23.
- 2 Jillian Schwendler verwendet diesen Begriff erstmals in einer Analyse am 22.06.2011 auf einem für Al Jazeera veröffentlichten Beitrag. URL <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2011/06/2011621155732501502.html> [13.08.2015].
- 3 Vgl. Auswärtiges Amt (Stand August 2015): Länderinformationen Saudi-Arabien Wirtschaft. URL [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/SaudiArabien/Wirtschaft\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/SaudiArabien/Wirtschaft_node.html) [13.08.2015].
- 4 Vgl. Yom, Sean L./ Gause, Gregory (2012): S. 5.
- 5 Vgl. Ebd. S. 3.
- 6 Yom, Sean L./ Gause, Gregory (2012): S. 5.
- 7 Vgl. Ebd. S. 6.
- 8 Vgl. Meier, Oliver / Zamirirad, Azadeh (2015): Die Atomvereinbarung mit Iran, Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 7, URL [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A70\\_mro\\_zmd.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A70_mro_zmd.pdf) [13.08.2015].
- 9 Vgl. Talbot, Valerie (2011): The Gulf States' Political and Economic Role in the Mediterranean, S. 1, URL [http://www.iemed.org/observatori-en/arees-danalisi/arxiu-adjunts/anyuari/med.2011/Talbot\\_en.pdf](http://www.iemed.org/observatori-en/arees-danalisi/arxiu-adjunts/anyuari/med.2011/Talbot_en.pdf) [13.08.2015].
- 10 Vgl. Jassim, Hussein (2012): Report GCC Sovereign Fund Investments in Morocco. Aljazeera Center for Studies, URL <http://studies.aljazeera.net/ResourceGallery/media/Documents/2012/1/23/20121239161681734GCC%20Sovereign%20Fund%20Investments%20in%20Morocco.pdf> [13.08.2015].
- 11 Die Gründe für die Beendigungen der diplomatischen Beziehungen zwischen Marokko und dem Iran liegen sowohl in der Auseinandersetzung über die Souveränität der Inselmonarchie Bahrain als auch die Vorwürfe Marokkos, der Iran würde proselytische Aktivitäten zugunsten der Verbreitung des schiitischen Islams in Marokko unternehmen, was eine enorme Gefährdung für den maliktischen Ritus und den religiösen Führungsanspruch des Königs darstellt. 99 Prozent der marokkanischen Bevölkerung sind sunnitische Muslime. Fünf Jahr nach dem Bruch kam es zu erneuten Annäherungen der marokkanisch-iranischen Beziehungen auf Initiative des Irans. Anfang 2015 übernahm Mohamad Taqqi Mouayyad sein Amt als iranischer Botschafter in Rabat. Dem ist anzumerken, dass Marokko in diesem Fall auch in eigenem Interesse handelte, angesichts der Tatsache dass der Iran die territoriale Integrität Marokko anerkennt und bereits vor 2008 bilaterale Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen im Gange waren.
- 12 Vgl. Morocco World News (2009): Morocco breaks off with Iran – some background and speculation URL <https://maghrebenglish.wordpress.com/2009/03/15/morocco-breaks-off-with-iran-some-background-and-speculation/>. [13.08.2015].
- 13 Vgl. The European Investment Bank (2012): Mobilizing the potential of GCC Sovereign Wealth Funds for Mediterranean Partner Countries. S. 12, URL [http://www.eib.org/attachments/country/femip\\_study\\_potential\\_of\\_gcc\\_sovereign\\_wealth\\_funds\\_en.pdf](http://www.eib.org/attachments/country/femip_study_potential_of_gcc_sovereign_wealth_funds_en.pdf) [13.08.2015].

- 14 Vgl. Airault, Pascal (2013): Maroc: avec les monarchies du Golfe, un mariage de raison, in: Jeune Afrique. URL <http://www.jeuneafrique.com/138776/politique/maroc-avec-les-monarchies-du-golfe-un-mariage-de-raison/> [13.08.2015].
- 15 Vgl. Chaudier, Julie (2012): Maroc: Les investissements du Golfe pour remplacer l'Union européenne. URL <http://www.yabiladi.com/articles/details/13697/maroc-investissements-golfe-pour-replacer.html> [13.08.2015].
- 16 Vgl. The European Investment Bank (2012): S. 13.
- 17 Vgl. Jassim, Hussein (2012).